

STADT NORDEN

Eilentscheidung

Wahlperiode

2016 - 2021

Beschluss-Nr:

1246/2020/1.3

Status

öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Einplanung einer zusätzlichen Stelle im FD 3.1 für die technische Sachbearbeitung im Bereich Bauaufsicht/Baugenehmigung

Beratungsfolge:

27.05.2020 Finanz- und Personalausschuss

03.06.2020 Verwaltungsausschuss

09.06.2020 Rat der Stadt Norden

Sachbearbeitung/Produktverantwortlich:

de Vries, 1.3

Organisationseinheit:

Personal

Beschlussvorschlag:

Gem. § 89 Nds. Kommunalverfassungsgesetz ergeht folgende Eilentscheidung:

Beschlussvorschlag:

In den Stellenplan 2021 wird eine zusätzliche Stelle (Entgeltgruppe 11 TVöD bzw. A12 NBesG) im Bereich Bauaufsicht/Baugenehmigungen für den Fachdienst Stadtplanung und Bauaufsicht eingeplant.

Im Vorgriff auf den Stellenplan 2021 wird die Stelle bereits zum nächstmöglichen Zeitpunkt extern unbefristet ausgeschrieben.

Der Bürgermeister

gez.

- Schmelzle -

Stellv. Bürgermeisterin

gez.

- Kleen -

Finanzen

Finanzielle Auswirkungen	Ja	<input checked="" type="checkbox"/>	Betrag: <u>jährlich ca. 67.000 €</u>
	Nein	<input type="checkbox"/>	
Hh-Mittel stehen im Haushaltsjahr 2021 zur Verfügung	Ja	<input type="checkbox"/>	Haushaltsstelle: _____
	Nein	<input checked="" type="checkbox"/>	(s. ges. Erläuterung in der Sach- und Rechtslage)
Folgejahre	Ja	<input type="checkbox"/>	(s. ges. Erläuterung in der Sach- und Rechtslage)
	Nein	<input type="checkbox"/>	
Folgekosten	Ja	<input checked="" type="checkbox"/>	(s. ges. Erläuterung in der Sach- und Rechtslage)
	Nein	<input type="checkbox"/>	
Hat diese Entscheidung konsolidierende Wirkung für den Haushalt?	Ja	<input type="checkbox"/>	(welche? s. ges. Erläuterung in der Sach- und Rechtslage)
	Nein	<input type="checkbox"/>	

Personal

Personelle Auswirkungen	Ja	<input type="checkbox"/>	_____
	Nein	<input type="checkbox"/>	(s. ggfls. auch Erläuterungen in der Sach- und Rechtslage)

Strategische Ziele

1. Wir positionieren Norden als Wirtschafts- und Tourismusstandort unter Nutzung der vorhandenen Stärken.
 2. Wir entwickeln die Stadtverwaltung von einem Dienstleister zu einem Impulsgeber für das Gemeinwesen.
 3. Wir fördern bürgerschaftliches Engagement und Eigenverantwortung für die Entwicklung der Stadt.
 4. Wir schaffen positive Lebensperspektiven für alle Altersgruppen und sichern die Lebensqualität durch eine gute soziale Infrastruktur und ein bedarfsorientiertes Bildungsangebot für Jung und Alt.
 5. Wir bieten und erhalten die Natur- und Kulturlandschaft und sichern diese durch nachhaltige Konzepte.
 6. Wir stärken Norden als Mittelzentrum.
 7. Wir unterstützen die Flüchtlingshilfe.
 8. Wir fördern den Klimaschutz.
- (Bitte ankreuzen, welchen Zielen die vorgeschlagene Maßnahme dient; bei Bedarf ggfls. in der Sach- und Rechtslage gesondert erläutern.)
- Was wollen wir mit dieser Entscheidung erreichen? (Kurze Beschreibung des Ziels)
- Andere Ziele:

Sach- und Rechtslage:

Im Bereich der Baugenehmigungen liegen bei den Mitarbeitern Überlastungsanzeigen vor. Dieses ist durch eine stetig anhaltende sowie steigende Anzahl von Anträgen begründet. Zu diesem erhöhten Antragsaufkommen kommt noch der durch persönliche Beratung, telefonisch und per E-Mail, gestiegene Arbeitsaufwand.

Aufgrund des Vorgehens eines benachbarten Landkreises gegen nicht genehmigte Ferienwohnungen, kommt es zurzeit zu einem erhöhten Beratungsaufwand und einer deutlich gestiegenen Anzahl von Anträgen auf Genehmigung einer Ferienwohnung. Diese Anträge auf Genehmigung einer Ferienwohnung sind in die aktuelle Personalbetrachtung noch nicht mit eingeflossen.

Zur Personalbemessung wurden die Zahlen des KGST-Gutachtens unter Berücksichtigung der zurückliegenden Entwicklungen aktualisiert. Danach ergibt sich für den Bereich der Antragsbearbeitung ein Bedarf von 1,68 VZÄ sowie für die Bauberatung von 1,36 VZÄ, insgesamt 3,04 VZÄ.

Aktuell weist der Stellenplan 2020 2 VZÄ für diese Aufgabe auf. Für den Stellenplan 2021 sind daher zukünftig 3 VZÄ hierfür einzuplanen.

Hierbei ist wie oben beschrieben die aktuelle Lage hinsichtlich der Ferienwohnungen nicht berücksichtigt.

Verwaltungsseitig wird vorgeschlagen, den Stellenanteil entsprechend im Stellenplan zu erhöhen. Im Vorgriff auf den Stellenplan 2021 macht es Sinn, bereits zum nächstmöglichen Zeitpunkt extern auszuschreiben und die Stelle unbefristet zu vergeben. Damit würde auch berücksichtigt werden, dass es schwierig wird, überhaupt eine geeignete Person für die zu vergebene Stelle zu finden.

Der über die Erhöhung hinausgehende mögliche rechnerische Mehrbedarf soll im Laufe des nächsten Jahres überprüft werden. Eine weitere Anpassung der Stellenanteile erfolgt ggfs. zu einem späteren Zeitpunkt.

Die nächste Sitzung des Verwaltungsausschusses findet erst am 03.06.2020 statt. Der Arbeitsaufwand ist bereits seit längerer Zeit gestiegen und die Mitarbeiter/innen sind einer außerordentlich hohen Belastung ausgesetzt. Um die Mitarbeiter/innen zu schützen und zu entlasten und das Antragsaufkommen bewältigen zu können, ist die Eilbedürftigkeit in dieser Angelegenheit gegeben.